

presse

Unter Schwarz-Gelb stagniert Friedens- und Konfliktforschung

Zur Antwort der Bundesregierung auf die schriftliche Frage zur aktuellen Förderung der Friedens- und Konfliktforschung erklärt der stellvertretende Sprecher für Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion René Röspel:

Trotz Steigerung des Forschungshaushaltsansatzes fördert die Bundesregierung die Friedens- und Konfliktforschung nicht weiter und plant dahingehend auch keine neuen Aktivitäten. Darüber hinaus sieht sich die Bundesregierung nicht im Stande, für den Bereich der zivilen Sicherheitsforschung die genaue Fördersummen für die Friedens- Konfliktforschung zu benennen.

Unter sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung wurde der Friedens- und Konfliktforschung weit mehr Bedeutung und Gewichtung beigemessen. So wurde durch die damalige rot-grüne Koalition die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) aus der Taufe gehoben. In der Großen Koalition haben die Sozialdemokraten unter anderem eine mehrfache Erhöhung des Stiftungskapitals der DSF erreicht und sich dafür eingesetzt, dass die Friedens- und Konfliktforschung auch im Bereich der zivilen Sicherheitsforschung vertreten ist.

In einer Welt voller gewalttätiger Konflikte ist die Suche nach friedlichen Lösungsansätzen unabdingbar. Die deutsche Friedens- und Konfliktforschung kann und muss hierzu einen unverzichtbaren Beitrag leisten. Dafür muss sie aber auch in Zukunft finanziell in die Lage versetzt werden. In der aktuellen Haushaltsberatung 2010 hat die SPD-Bundestagsfraktion deshalb eine Erhöhung des Stiftungskapitals der DSF gefordert - die Koalition hat diese

Forderung mit ihrer Regierungsmehrheit abgelehnt. Diese Verweigerungshaltung der schwarz-gelben Regierung ist unverantwortlich und muss revidiert werden.